

RA 27.2.93

Sparpläne belasten Studiensituation

Weniger Stellen - mehr Semester

(Gö) Eine Gefährdung des Wissenschaftsstandortes Deutschland befürchtet Prof. Dr. Detlef Müller-Böling, Rektor der Universität Dortmund. Das erklärte am Freitag auf einer gemeinsamen Semester-Abschluß-Pressekonferenz mit dem Allgemeinen Studenten-Ausschuß (AStA).

Einen krassen Widerspruch sehen Rektor und AStA in der von der Landesregierung geforderten Verkürzung der Studienzeiten und den zahlreichen Verschlechterungen an der Hochschule. Dazu gehöre vor allem die Stellenbesetzungssperre, die besagt, daß keine Stelle aus einem unter 100 Prozent ausgelasteten Fachbereich oder aus der Verwaltung innerhalb von 12 Monaten wiederbesetzt werden darf. Die Normalbelastung sei jedoch bereits bei 75 Prozent erreicht, betonte Müller-Böling.

Auch „halbe“ Stellen sind seit Anfang des Jahres von der Sperre betroffen, was besonders in den Fächern Chemie, Chemietechnik und Physik zu erheblichen Problemen führt. Aufgrund wegfallender Assistentenstellen müssen Praktikumsplätze unter den Studierenden verlost werden. Über die Hälfte der zum Praktikum zugelassenen Studenten muß eine Wartezeit und

damit eine Studienverlängerung hinnehmen.

Rund ein Drittel aller Stellen für wissenschaftliche und studentische Hilfskräfte werden vermutlich wegfallen müssen. Schuld daran sei ein geplanter Tarifvertrag, der eine Erhöhung der Vergütung der Hilfskräfte vorsehe, die ohne Nachtragshaushalt zwangsläufig zu einer Stellenreduzierung führe. Ähnliches gelte für die Doktorandenstellen, denn auch die Sätze für Promotionsstipendien wurden erhöht.

Obwohl über allgemeine Studiengebühren inzwischen nicht mehr diskutiert wird, scheine im Wissenschaftsrat und in der Kultusministerkonferenz Übereinstimmung in Bezug auf die „Strafgebühren“ zu herrschen, die bei einer Überschreitung der Regelstudienzeit um zwei Semester fällig werden sollen, meinte AStA-Sprecher Helge Gritzke. Diese Regelung lehnen der Rektor und der AStA strikt ab. Gritzke bedauert die mangelnde Unterstützung durch politische Gremien, vor allem durch Wissenschaftsministerin Brunn.

Rektor und AStA sind sich einig: Nur vereint können die Auswirkungen der Verschlechterungen an der Hochschule gemindert werden.